

Brauer-Zeitung.

Offizielles Organ des Zentralverbandes deutscher Brauereiarbeiter und verwandter Berufsgenossen
und Publicationsorgan des Schweizerischen Brauereiarbeiterverbandes.

Nº 36. Das Blatt erscheint wöchentlich am Freitag.
Redaktion und Expedition: Hannover, Münzstraße 5. Hannover, 7. September 1906. Verleger u. verantw. Redakteur: Fr. Krieg, Hannover. Druck von Meissner & Co., Hannover. 16. Jahrg.

Zum gegenwärtigen Bierkrieg.

Als im Jahre 1902 der Zolltarif im Reichstage zur Beratung stand, haben wir eingehend darauf hingewiesen, wie durch Annahme desselben die Brauereiarbeiter speziell nicht nur als Konsumanten, sondern auch durch die Verteuерung der Brauerei-Produkte und alle daraus entstehenden Folgen als Produzenten eminent geschädigt würden. Noch bevor die auf Grund dieses Zolltarifes abgeschlossenen Handelsverträge in Kraft traten, war die Regierung schon mit der Erhöhung der Brauesteuer, im Zusammenhang mit der famosen „Reichsfinanzreform“, auf den Plan getreten. Wieder erhoben wir unsere warnende Stimme und wiesen auf die ungeheuren Schädigungen der Brauereiarbeiter durch die geplante oder eine ähnliche Erhöhung der Brauesteuer hin. Die Brauereiarbeiter überall traten zusammen zum Protest gegen eine solche Steuergesetzgebung. Es nutzte nichts. In Preußen-Deutschland gelten die Interessen der produzierenden und konsumierenden Lohnarbeiterchaft nichts, wenn es den Reichstagsstuhl zu füllen gilt und man sich doch selbst möglichst von allen Belastungen drücken will, nämlich die staatsschaffende Reichstagsmehrheit, das konservativ-nationalliberal-zentrumliche Trifolium, welches bewilligt, was die Masse zahlen soll.

Die erhöhte Brauesteuer ist Gesetz geworden, und es kommt so, wie wir vorausgesagt haben, vielmehr ist es schon so gekommen. Die Herren von der Regierung und die Parlamentarier aus dem konservativen, nationalliberalen und Zentrums Lager, die da behaupteten, den erhöhten Steuersatz würden die Brauereien tragen, es werde ihnen gar nicht möglich sein, denselben abzuwälzen, sie haben wohl selbst daran nicht geglaubt; denn eine solche Dummheit darf man eigentlich niemandem zutrauen, zu glauben, daß, wenn man jemandem einen Strick um den Hals legt, dieser ruhig still halten wird, bis man ihn gehängt, wenn er Gelegenheit hat, den Strick zu durchschneiden.

Und so haben wir denn jetzt den erbittertesten Bierkrieg schon an verschiedenen Orten infolge der Preiserhöhung des Bieres seitens der Brauereien, in weiteren Orten droht ein solcher auszubrechen. Die Leidtragenden sind die Brauereiarbeiter. Wir denken hierbei nicht an Ausschließungen von Brauereiarbeitern infolge des Minderlohnabschlusses durch den Boykott, also an vorübergehende Arbeitslosigkeit, sondern die Sache liegt tiefer. Es ist ganz gleich, wie der Kampf hier und da ausgeht, die am meisten Geschädigten sind immer die Brauereiarbeiter. Teureres Bier für die Konsumanten schafft vermindernden Konsum und Minderbeschäftigung von Brauereiarbeitern; zweifellos sind die Schädigungen, die die Brauereiarbeiter zu erwarten haben, weit größer, wenn die Brauereien gezwungen werden sollten, von der Erhöhung des Bierpreises abzufehen.

Rücken wir die Bierpreisfrage einmal aus dem Interessenkampf heraus. Selbst wenn die Brauereiunternehmer und interessierten Kapitalisten so „patriotisch“ wären, den ihnen von ihren Gewerken aufgehaltene erhöhten Steuersatz tragen zu wollen, die Mehrzahl der Brauereien könnten es nicht, sie müßten sich dann auf andere Weise schadlos zu halten suchen, an ihren Arbeitern und an der Verschlechterung des Produkts. Dem letzteren sind durch die Konkurrenz aber auch Grenzen gezogen und hauptsächlich dann, wenn neben den schlecht fundierten Brauereien die gut fundierten, die es aushalten könnten, vorhanden sind und sich unter allen Umständen und mit allen Mitteln möglichst schadlos zu halten suchen würden durch Ausdehnung ihres Absatzes. Und würde den Brauereien jede Abwälzung der Steuer durch Erhöhung des Bierpreises unmöglich gemacht werden, dann würde ohne Zweifel ein wilder Konkurrenzkampf ausbrechen, ausbrechen müssen, die Bierpreise würden wahrscheinlich noch vor der Hand niedriger werden, aber auf Kosten nicht nur Minderer, sondern Laien der Existenz der Brauereiarbeiter der ruinierteren Betriebe, und dann würde das Brauereiunternehmertum einiger daschsen zur Erhöhung der Bierpreise.

Will man die Frage der Bierpreiserhöhung im allgemeinen beurteilen, so ist es falsch, von der günstigen oder gar glänzenden Geschäftslage einiger Brauereien zu schließen — das Gesamtbild ist ein anderes; eine solche außerordentliche Belastung auf sich zu nehmen, dazu gehören außerordentlich günstige Verhältnisse, und diese sind in den Brauereien in der winzigen Minderheit. Es sind Ausnahmen und Ausnahmen können nicht ausschlaggebend sein bei Beurteilung einer Frage.

Andererseits kann man es auch dem Konsumanten nicht übel nehmen, wenn er sich gegen eine Verteuerung eines beliebten Genussmittels wehrt da, wo es ihm möglich ist. Muß er doch überall zahlen, wie und was gefordert wird, und wo ihm die Nahrungsmittel und Gebrauchsartikel durch Preissteigerungen und Gesetzgebung verteuert werden. Hier stehen aber nicht nur die Interessen der Bierkonsumanten und der Brauereien auf dem Spiele, sondern es ist eine Existenzfrage für Tausende Brauereiarbeiter, und da wäre eine Verständigung in der Bierpreisfrage dringend zu wünschen.

Was aber vor allem not tut, ist, die Gewerkschaften den „staatsschaffenden“ Steueraffektanten abzureißen, sie bei der

nächsten Gelegenheit aus dem Reichstag hinauszufegen, die diese Zustände herbeigeführt haben. Den Brauereiarbeitern, die bis jetzt in jährem Schlummer außerhalb der Organisation dahinlebten, mögen es sich zur Warnung sein lassen: wenn sie infolge solcher Vorkommen aufs Pfaster gesetzt werden, wie es ja infolge des jetzigen Boykotts an verschiedenen Orten geschehen ist, dann seien sie da mit ihrer Klugheit und Bereuen es, den Anschluß an die Organisation verloren zu haben, wo sie Schutz und Unterstützung finden.

Tarifverträge. — Lohnbewegungen.

[†] Zugang ist fernzuhalten: nach Wageningen (Holland), Herzogtum Luxemburg, ferner nach Lötz, Berggries (Bayern), Vörrath (Baden), Schiersleben und Danzig.

[†] Das Gewerkschaftskartell Pilsen (Böhmen) hat den Boykott über das Bier des Bürgerlichen Brauhauses und Alten-Bräu verhängt. Kollegen, sorgt für Verbreitung dieses Beschlusses!

Brauereien.

[†] Arnstadt. Lohn- und Arbeitsvertrag, abgeschlossen zwischen der Brauerei Oskar Gräser, offene Handelsgesellschaft zu Arnstadt,

1. der verhinderten Frau Helene Wahlsen, Inhaberin der Brauereihaus Otto Wahlsen zu Arnstadt,

2. der offenen Handelsgesellschaft Chr. Kürsten, Brauerei zu Arnstadt,

3. der offenen Handelsgesellschaft Felsenkeller-Brauerei

A. Mergell in Arnstadt, und dem Centralverband deutscher Brauereiarbeiter, Filiale Erfurt.

Die ordentliche tägliche Arbeitszeit für alle in den oben genannten 4 Brauereien von Arnstadt beschäftigten oder noch zu beschäftigenden Arbeitnehmern, mit Ausnahme der vierjährigen, beträgt 10½ Stunden.

Der Wochenlohn, die Woche zu 6 Arbeitstagen gerechnet, wird auch für die in die Woche fallenden gesetzlichen Feiertage gewahrt und Freitags während der Arbeitszeit ausgezahlt. Er beträgt:

Für Brauer, Mälzer und Böttcher: bei der Einstellung 21 M. und steigt halbjährlich um 1 M. bis zum Höchstlohn von 25 M.

Für Bierfahrer: bei der Einstellung 20 M. nach ½ Jahre 21 M., nach einem weiteren ½ Jahre 22 M. und nach einem weiteren Jahre 23 M. Landarbeiter nach Erfahrungen innerhalb eines Kreises von 15 Kilometern um Arnstadt werden ohne besondere Vergütung gefahren; für solche im Umkreise von 15—20 Kilometern werden 45 Pf., für solche im Umkreise von 20—25 Kilometern werden 1 M., und für solche im Umkreise von über 25 Kilometern 1,50 M. gewährt.

Für Faschenkeller- und Hälfsarbeiter: bei der Einstellung 18 M., nach einem halben Jahre 19 M. und nach einem Jahre 20 M., nach 1½ Jahren 21 M. und nach 2 Jahren 22 M.

Nach Abschluß dieses Vertrages darf kein Arbeitnehmer weniger Lohn erhalten, als er vor Abschluß desselben bereits bekommen hat.

Über Stunden und Sonntagsarbeit sollen möglichst vermieden werden. Bei unumgänglich notwendigen Arbeiten wird eine Vergütung von 50 Pf. für die Stunde bezahlt.

Die Wochentag-⁸-Dujour fällt weg; die Sonntags-⁸-Dujour dauert von früh 7 Uhr bis abends 6 Uhr und wird mit 2,50 M. vergütet. Es dürfen dazu nur ein Brauer oder Brauereiarbeiter und ein Böttcher herangezogen werden.

Die tägliche Arbeitsszeit beträgt 9½ Stunden, innerhalb einer Schicht von 12 Stunden.

Der Brauer Karl undwig erhält mit dem Inkrafttreten dieses Tarifs eine Polyzulage von 2 M. (das ist 28 M. die Woche), nach 1 Jahr 1 M. (das ist 29 M.) und nach 2 Jahren wieder 1 M. (das ist 30 M.); der Brauer Bruno undwig eine Zulage von 3 M. (also 26 M. die Woche), die Steigerung erfolgt den unter a) festgelegten Bestimmungen entsprechend.

b) Bierfahrer bei der Einstellung 23 M., nach 1 Jahr 23,50 M., nach 2 Jahren 24 M. und nach 3 Jahren 25 M. Die Tourengehalde werden wie bisher beibehalten, jedoch wird den Bierfahrern, welche nach Feierabend, d. h. nach 6 Uhr abends, noch zur Bedienung der Kunden herangezogen werden, eine Vergütung von 1 M. geahndert.

Den Bierfahrern ist nach zurückgelegten Touren eine Ruhezeit von 8 Stunden zu gewähren.

Als Freibier soll das bisherige Quantum beibehalten bleiben.

Über Stunden und Sonntagsarbeit von morgens 6 bis abends 7 Uhr dauernder Dienst für Kutscherei wird mit 3 M. pro Tag vergütet.

Sonntagsarbeit derjenigen Bierfahrer, welche nicht Dujour von morgens 6 bis abends 7 Uhr haben, wird also mit Überstundenlohn bezahlt.

Wenn ein Arbeitnehmer nicht länger als einen Tag an seiner Dienstleistung verhindert ist, so findet ein Lohnabzug nicht statt; bei Kontrollversammlungen und öffentlichen Wahlen, falls der Arbeitnehmer seiner Wahlpflicht außerhalb der Arbeitszeit nicht nachkommen kann; bei Wahlneugewählten gewöhnlicher, gewerbegelehrter, kaufmännischer und polizeilicher Beamte, falls Gehältern dafür nicht bezahlt werden, sowie bei Erledigung von Vermundungsarbeiten;

besteht (wie es jetzt der Fall ist), dann kann auch in 2 Jahren bei Ablauf dieses Tarifs für weitere Verbesserungen Sorge getragen werden. Auch die noch Fernstehenden mögen sich bald ihrer Pflicht bewußt werden.

[†] Bremerhaven. Streik auf der Brauerei Karlsburg. Die Differenzen, die den Streik veranlaßten, sind kurz im Berichtsurteil in heutiger Nummer erörtert. Auf Vorwürfe werden erklärte die Brauereileitung wohl bestimmt, unter Minderlohn keinen mehr einzustellen, auch wurde die Kündigung des Kollegen B. zurückgenommen, doch Kollegen A. wollte sie mit keinen Preis wieder einstellen. Die Arbeiter stellten sich auf den Standpunkt, entweder Kollege A. wird wieder eingestellt, oder der blaue Bierfahrer Thode, der durch seine faule glaubige Schikanierung den ganzen Konflikt heraubeschworen hat, muß auch hinaus. Am Montag, den 3. September, legten die Arbeiter gejlossen die Arbeit nieder. Zwei Stunden später wurde Kollege Thode im Unterhandlung erachtet, an der auch der Kartellvorwitz teilnahm. Die Forderung, wenn A. nicht wieder eingestellt wird, Thode auch entlassen wird, nahm die Direktion an. Thode wird entlassen. Nach 4½ stündiger Dauer des Streiks wurde die Arbeit geschlossen wieder aufgenommen.

[†] Danzig. Zum Streik in der Danziger Aktienbrauerei zu Klein-Hammer-Langfuhr. Der erbitterte Kampf zwischen den organisierten Kollegen und der Brauereileitung dauert noch fort. Wenn sich auch die Zeitung die größte Mühe gibt, den Betrieb aufrecht zu erhalten, und mit Mitteln vorgeht, die den Anlaufen unanlaufen. Beiträge grenzen, indem sie doch den Arbeitern 2 M. Gratifikation verspricht für Zeichnung neuer Arbeitskräfte, — welch Judaslohn — haben wir doch schon, wenn auch nur einen kleinen Sieg zu verzeichnen. Die Arbeitszeit ist verkürzt und währt jetzt von 6 bis 6 mit zweistündiger Pause. Der Lohn, früher halbmonatlich, wird jetzt wöchentlich Freitag ausbezahlt, und ist für Brauerei um 5—10 M., je nach Leistung in der Antreiberei gestiegen. Die Arbeiter erhalten 18 M. Anfangslohn, sogar den Lehrlingen hat man 2,35 M. zugelegt. Es wird sich auch bald besser schaffen auf den Aktien, wo jetzt zwischen den Warzen und dem Herrn Brauereitakt grobe Geschäfte ausgefochten werden.

Durch den Polizeiposten, die noch die Brauerei bewachen, muß man sich doch im Innern der Brauerei nicht sicher fühlen, was sollen wohl jene die Ojenzier im Kontor zu bedenken haben?

Bestreitet man etwa Nebergriffe seitens der Streikenden, oder hat man so ein ganz klein wenig Angst vor den zurzeit noch Arbeitenden. Der Kampf gegen die Aktien-Brauerei geht weiter mit vereinten Kräften; trotz aller Hindernisse wird die Organisation auch hier zeitgemäße Sitten und Verhältnisse schaffen.

Erfreulicherweise sind zurzeit Streikbrecher noch nicht vorhanden; die bereits angeworbenen gehen in der Regel, wenn ihnen die Bezahlung seitens der Borderturbinen zu bunt wird, mit dem Messer los und verlassen das Eldorado wieder. Ein eingestellter Böttcher durfte nicht in der Werkstatt arbeiten, wahrscheinlich befürchtet man, daß er zu viel vernimmt, denn in der Regel sind die Streikbrecher die minderwertigsten Elemente. Auf der Schuhalle springen jungen Männer dichten dicht an dichten, in den Kellereien kann Schlitten gefahren werden — nicht an Eis, sondern auf Dreck. Der Herr Direktor war verreist, doch um neue Arbeitskräfte heranzuziehen, dem Auskulten und der Anfang der Mälzerie steht bevor.

Die Streikenden beschlossen, das Danziger Gewerbegericht als Schiedsrichter anzurufen, um der Brauereileitung erneute Gelegenheit zur Einigung zu geben.

Die Kollegen alsterort werden erachtet, den Zugang nach Danziger Langfuhr von Brauern, Böttchern und Brauereiarbeitern so lange streng fernzuhalten, bis die schwedenden Differenzen beigelegt sind. Lasse sich kein Kollege durch die hohen (?) Lohnangebote und dauernde (?) Stellungen — 14 Tage ist auch dauernd — lösen. Die Brauereiarbeiter der Danziger Aktienbrauerei führen den Kampf, um die Knechtshälfte abzuschütteln.

[†] Erfurt. Bohntarif für die 1. Bürger-Brauerei Friedrich Henkel, Erfurt, abgeschlossen mit dem Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter, Zahlstelle Erfurt.

Die tägliche Arbeitsszeit beträgt 9½ Stunden, innerhalb einer Schicht von 12 Stunden.

Der Lohn, die Woche zu 6 Arbeitstagen gerechnet, wobei für die in die Woche fallenden gesetzlichen Feiertage ein Lohnabzug nicht gemacht wird, ist Freitags während der Arbeitszeit auszuzahlen und beträgt für:

a) Brauer bei der Einstellung 26 M., nach einem halben Jahr 27 M., nach 1 Jahr 28 M., nach 2 Jahren 29 M. und nach 3 Jahren 30 M.

Der Brauer Karl undwig erhält mit dem Inkrafttreten dieses Tarifs eine Polyzulage von 2 M. (das ist 28 M. die Woche), nach 1 Jahr 1 M. (das ist 29 M.) und nach 2 Jahren wieder 1 M. (das ist 30 M.); der Brauer Bruno undwig eine Zulage von 3 M. (also 26 M. die Woche), die Steigerung erfolgt den unter a) festgelegten Bestimmungen entsprechend.

b) Bierfahrer bei der Einstellung 23 M., nach 1 Jahr 23,50 M., nach 2 Jahren 24 M. und nach 3 Jahren 25 M. Die Tourengehalde werden wie bisher beibehalten, jedoch wird den Bierfahrern, welche nach Feierabend, d. h. nach 6 Uhr abends, noch zur Bedienung der Kunden herangezogen werden, eine Vergütung von 1 M. geahndert.

Den Bierfahrern ist nach zurückgelegten Touren eine Ruhezeit von 8 Stunden zu gewähren.

Als Freibier soll das bisherige Quantum beibehalten bleiben.

Über Stunden und Sonntagsarbeit von morgens 6 bis abends 7 Uhr dauernder Dienst für Kutscherei wird mit 3 M. pro Tag vergütet.

Sonntagsarbeit derjenigen Bierfahrer, welche nicht Dujour von morgens 6 bis abends 7 Uhr haben, wird also mit Überstundenlohn bezahlt.

Wenn ein Arbeitnehmer nicht länger als einen Tag an seiner Dienstleistung verhindert ist, so findet ein Lohnabzug nicht statt; bei Kontrollversammlungen und öffentlichen Wahlen, falls der Arbeitnehmer seiner Wahlpflicht außerhalb der Arbeitszeit nicht nachkommen kann; bei Wahlneugewählten gewöhnlicher, gewerbegelehrter, kaufmännischer und polizeilicher Beamte, falls Gehältern dafür nicht bezahlt werden, sowie bei Erledigung von Vermundungsarbeiten;

besteht (wie es jetzt der Fall ist), dann kann auch in 2 Jahren bei Ablauf dieses Tarifs für weitere Verbesserungen Sorge getragen werden. Auch die noch Fernstehenden mögen sich bald ihrer Pflicht bewußt werden.

Hauptvorstand in Beimüts zu segen, damit dieser die zur Wahrung unserer Interessen nötigen Schritte einleitet, weil nach den bisherigen Erfahrungen die Ortsverwaltung es für zwecklos erachtet, mit der Altienbrauerei „Karlsburg“ eine Verständigung anzubahnen, nämlich trotz wiederholten Vorstelligwerdens die Direktion nach wie vor den beiderseitig abgeschlossenen Lohntarif nicht innehält. — Die organisierten Brauereiarbeiter der Altienbrauerei „Karlsburg“ erwarten von den dort beschäftigten organisierten Böttchern, Maschinisten und Heizern die übliche Solidarität und geloben aufs neue die unverbrüchliche Treue zur Organisation, indem sie in dieser einzig und allein ihre Vertretung erblicken.“

Eisenach. Die Versammlung vom 30. August war bedauerlicherweise schwach besucht. Besserer Versammlungsbesuch ist dringend zu wünschen und auch, daß sich die Unorganisierten endlich dem Verband anschließen. Der Punkt „Stellungnahme gegen die Brauereien“ wurde betreffs einiger Abänderungen der Betriebskommission der Aktienbrauerei überlassen. Im Verschiedenen wurde lebhaft debattiert über Angelegenheiten, welche dem Verbande keinen Nutzen bringen können. Die Kollegen möchten vor allen Dingen persönliche Sachen beiseite lassen, da diese nur Zwistigkeiten hervorrufen, aber keine Einigkeit schaffen.

Frankfurt a. M. Die Versammlung vom 26. August nahm Stellung zu der Bierpreiserhöhung. Kollege Wittich erläuterte die indirekten Steuern, durch welche die arbeitende Bevölkerung am schlimmsten belastet wird, während die kapitalistische Gesellschaft, besonders die Agrarier, aus dem Schutzpolystem großen Nutzen zieht auf Kosten des konsumierenden Publikums. Statt die Steuercosten durch eine progressive Einkommensteuer zu decken, versalle man auf die unsinnigsten indirekten Steuern, durch die die Lebenshaltung des Volkes versteuert wird. Die Arbeiterklasse muß zu der fortwährenden Steigung der indirekten Steuern Stellung nehmen, damit dieser schamlosen Ausbeutung Einhalt geboten wird. Es dürften nicht Reichstagsabgeordnete à la Dr. Becker in den Reichstag gewählt werden, die die Steuern auf Kosten der konsumierenden arbeitenden Bevölkerung vermehren. Neben anderen Steuern auf Lebens- und Genussmittel habe man auch die Brausteuer als geeignetes Objekt herangezogen. Bisher hat man eine Erhöhung der Brausteuer im Reichstage abgelehnt. Die Grossbrauereien, welche große Überschüsse erzielten, seien zum Teil schuld daran, daß sich die Regierung sage, diese Industrie könne eine Steuererhöhung vertragen. Auch sei der

Protest der Brauereibesitzer gegen die Erhöhung gegenüber dem der Brauereiarbeiter wie Tag und Nacht gewesen. Und wo seien damals die Wirtse geblieben? Sie haben gedacht, wenn das Bier teurer wird, so wird es der gute deutsche Michel schon zahlen. Die Wirtse glaubten bei der Erhöhung auf Kosten der Biertrinker noch eine Mark mehr aus dem Seitoliter herauszuschlagen. Bei der Verhandlung am vorigen Freitag habe es sich gezeigt, daß die Brauereien und die Wirtse die Erhöhung der Braufsteuer nicht tragen, sondern diese den konsumierenden Publikum aufzuhallen wollen. Dank dem Eingreifen der Kommission, die von der Partei und dem Gewerkschaftskartell eingeholt wurde, sei es gelungen, daß die Brauereien sich in anerkennenswerter Weise herbeileßen, den Preisaufschlag um 50 Pf. zu ermiedigen; eben sie mit einer solchen

um 50 Pf. zu erniedrigen; aber die Wirte seien zu seinem Buge-
ständis zu bewegen gewesen, um einen friedlichen Ausgleich zu
schaffen. Die Uneinigkeit der Wirte habe gezeigt, daß sie nicht im-
stande waren, in einer Versammlung ihre Stellung zu präzisieren.
Er halte daran fest, daß den Aufschlag zur Hälfte die Brauereien
und die Wirte tragen, unter allen Umständen müssen auch die
Brauereiarbeiter dafür sorgen, daß der Beschluß der Volksversamm-
lung strikt durchgeführt wird, denn es sei auch eine Existenzfrage.
Wir verlangen von der Arbeiterschaft, daß sie uns Rechnung trägt,
indem sie die Wirte tüchtig bearbeitet, damit sie zum Nachgeden-
ken gezwungen sind und der ganze, schwer schädigende Kampf aus der Welt
geschafft wird, zugunsten des konsumierenden Publikums. Es sei
ihm von den Arbeitgebern versichert worden, daß keine Ar-
beiter ausgestellt würden, fraglich bleibe jedoch, wenn
der Kampf gegen den Bieraufschlag längere Zeit dauerte, ob nicht
dennoch die Brauereien einmal sagen, wir müssen Rente ausschütten.

Endlich die Brauereien einmal fügen, wir müssen Leute ausschließen. Komme es aber soweit, was wir vorläufig nicht hoffen, so solle die Ausstellung unter Mitwirkung der Organisation planmäßig, richtig geordnet vor sich gehen, so daß die organisierten Kollegen nicht durch die Willkür der Vorarbeiter und Braumeister geschädigt würden. Es sei aber auch endlich an der Zeit, daß die Brauereiarbeiter sich der politischen Organisation anschließen, in „General-Anzeiger“, „Kleine Presse“ und „Neueste Nachrichten“ aus dem Hause schaffen und das einzige hiesige Blatt, welches unsere Interessen jederzeit vertreibt, die „Vollstimme“, abonnieren, wenn nur durch Auflösung und Zusammenschluß der arbeitenden Klasse in politischer und gewerkschaftlicher Organisation wird der Kampf gegen die Ausbeutung und indirekten Steuern erleichtert werden. Daß dies eine dringende Notwendigkeit ist, das werden die Brauereiarbeiter hoffentlich aus der gegenwärtigen Situation erkannt haben. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die am 26. August tagende Mitgliederversammlung des Generalverbandes deutscher Brauereiarbeiter, Zweigverein Frankfurt a. M., schlägt in der Erhöhung der Bierverkaufspreise eine Besteuerung eines allgemeinen Genussmittels und eine Schröpfung der Konsumenten, gegen welche energisch Front zu machen ist. Die Versammlung erkennt in dankenswerter Weise das Eingreifen der Kommission des Sozialdemokratischen Vereins und des Gewerkschaftsratels im Interesse der Bierkonsumenten an und erachtet, dahin zu wirken, daß dieser die Brauereiarbeiter in ihrem Fortkommen hindernde und ihre Existenz zerstörende Kampf ein Ende erreicht. Die Versammlung macht den Vorschlag: die Brauereien und die Wirtsleute tragen zur Hälfte den Aufschlag, und die Bierkonsumenten erhalten das Bier zum alten Preise. Die Versammlung verpflichtet sich für stille Durchführung des Volksversammlungsbeschlusses betreffs der Bierpreishöhung.“

Kottbus. Eine am 26. August hier stattgefandene Konferenz der Cottbuser und Ostbrandenburger Zahlstellen unseres Verbandes schloß zwecks besserer Agitation in jeder Zahlstelle einen Kollegen zur Agitation in den umliegenden Orten zu ernennen. Einer mit dem Titel in Cottbus ernannten Agitationskommission steht Kollege Raatz, Holtze er a ß e 14 in Kottbus, als Obmann vor. Ferner wurde beschlossen, möglichst in allen Orten ab 1. Oktober 1906 Lokalkassen zu bünden und den Wochenbeitrag auf 50 Pf. zu erhöhen. Alle weiteren Beschlüsse haben kein allgemeines Interesse und werden mit den imetracht kommenden Zahlstellen mitgeteilt.

Mainz. Wie selbst die hartgesotternsten B u n d e s a p o s t e l in wissen Fällen den Wert des Verbandes zu schätzen wissen, bewiesen wir kürzlich in einem in unserem Verbandsorgan veröffentlichten Brief aus Amerika. Jetzt ein zweites Beispiel:

Auf der Mainzer Mietzebrauerei arbeitete mehrere Jahre der Brauer Georg Weidner, ein verbissener Blauer, der im Schänzieren unserer Verbandskollegen manches Leistete, die Führer des Verbandes beleidigte und bei der Geschäftsführung gut aufgeschrieben stand. Wie er verfuhr, besagt folgendes: Zu dem Verhesslokal unserer Kollegen ließ er sich einen Aufnahmethein geben, in sich dann auszudrücken: „So, jetzt gehe ich ins Schwert.“ Bei der nun entstandenen Schlägerei bekam ein Verbandskollege von Weidner mehrere Stiche mit dem Messer. Dieser Charaktermensch wandte sich nach Amerika und schreibt in folgenden Brief:

"Chillicotta, den 11. August 1906.

Werter Kollege!
Ich teile Dir mit, daß ich gut in Chillicotta angekommen bin
und mir es bis jetzt ja gut gefällt, denn ich habe hier bei
einem Schwager Arbeit, die Woche nämlich 12 Dollar und ein ganz
enes schaffen, aber ich habe mich in Deutschland auch
geführt lassen durch den „Bund“, ich bitte Dich, Du
möchtest die Güte haben und mit dem Verband s vorstehen
rechen, er möchte die Güte haben und mich im Verband auf-
nehmen, wenn es geht, so zahle ich ein ganzes Jahr zurück,
wenn nicht, so mindestens ein halbes. Ich ersuche Dich, Du möchtest
ihm sagen, daß er mir die internationale Reise-
mitmach, denn ich weiß nicht wie lange ich hierbleibe, und
möchte mich in die Union aufnehmen lassen, denn wenn

ihr mir das schickt, so tue ich mir viel leichter; ich schicke Euch v
längig 12 M. für ein halbes Jahr, wenn ihr mir es schickt für
ganzes Jahr, so werbe die andere Hälfte und noch so 50 M
in Eure Kasse nachschicken, ich bitte Dich, Du möchtest
Güte haben und mir das besorgen. Ich rate keinen Amerika zu fahren, ohne daß er im Verband ist, ich habe
es auch nicht geglaubt, aber ich sehe es jetzt mit eigenen Augen, es
geht es ja noch eher, denn ich habe meinen Schwager, der hilft überall.
Ich ersuche Dich, Du möchtest die Güte haben und
dem Vorstand allein darüber sprechen und mir dasselbe sobald
als möglich schicken. Ich werde das Geld sofort dann schicken, ob
Ihr könnt es dann auch per Nachnahme schicken, also 50 M
und das andere Halbjahr beitragen, meinen besten Dank
im Voraus. Denn wenn ich wieder nach Deutschland fahre,
würde ich blos das Geld verfahren und ich hätte nichts davon,
wäre es doch so besser. Nun will ich mein Schreiben schließen in Hoffnung,
dass ich es bald erhalten. Adresse ist Georg Weidner 63
Barthestr. Chillicota Ohio, Nordamerika."

Es ist kein Zweifel, daß der Hauptvorstand diesem Gesell
standsretter, der den organisierten Brauereiarbeitern voriges Jahr
mit in den Rücken stieß, das ihm gebührende Zeugnis ausstellen wird.
Den Untreibern auf der Altenbrauerei aber sei gesagt:
Diese Charaktermenschen sind die Frucht eurer Erziehung. S
Schande fällt auf ihre Erzieher zurück. Besonders dem Kelle
meister Braunn sind diese Leute ans Herz gewachsen; außer
er doch zu einem Kollegen, der fünf Jahre im Bund war und
infolge der Misshandlung in den Verband ging: „Früher warst
der beste, heute taugst du nichts mehr!“ Wir glauben es ihm ge
und fühlen sein Herzzeid über die Veränderung des Bundes
Mainz. Auch hat er erst letzte Woche wieder einen Kollegen zu
Geschäft hinausgebrüllt. Von dem gerührten Gerechtigkeitsinn des
Herrn Direktors Jung konnte man bei diesem höchst ungerechten F
nichts verspüren. Der Mälzer Schmidt behauptete im Schaland
der Vorstand des Verbandes versäume das Geld der Mitglieder. Nach
dem im Bund zwei Vorsitzende abgesetzt wurden wegen interner
Angelegenheiten, wurde jetzt bekannt gemacht, daß jemand, der
nicht genannt werden will, die Schulden des
vereins bezahlt hätte. Denn vom Kassenbestand, . . .
sah man gar nichts mehr. Diese Herren sind dann am Schlusse demütigen Briefschreiber.

Niedermendig. Am 18. August fand im Hotel „Zur Quelle“ eine öffentliche Brauereiarbeiter-Versammlung statt, welche verhältnismäßig gut besucht war. Kollege Müller aus Mainz referierte über den Zweck und Nutzen der Organisation, unter Berücksichtigung des Brauereigewerbes.“ In einstündigem Vortrage entledigte sich der Referent seines Stoffes. Es folgte eine Diskussion, die sich auf die

Referent seiner Aufgabe, und der Beifall am Schlusse seiner Aführungen bewies, daß seine Worte auf fruchtbarem Boden gefallen waren. Einige Kollegen ließen sich aufnehmen und reicht jetzt die Zahl der organisierten Kollegen an 30, ein Beweis, daß auch die Winkel, an dem die Arbeiterausbeutung noch ihre schönsten Blüte zeitigt, für die Ideen der modernen Arbeiterbewegung zugänglich sind, wenn die dortigen Kollegen am Platze sind.

„An unsere Arbeiter!
Wir sind von einer größeren Zahl unserer eigenen Arbeit
boholtiert, weil wir den Brauer D. B. entlassen haben. B.
wegen wiederholter Widerseßlichkeit, Auswiegelung seiner M
arbeiter, unanständigen Verhaltens gegen seine Borgeflechten au
gestellt, und nicht wegen seiner Zugehörigkeit zur Arbeiterorgan
sation gemäßgelegt. Ferner ist der Brauer W. B. entlassen, we
er in öffentlicher Versammlung, um unser Geschäft, das ihm Loh
und Brot gab, zu schädigen, unter Namhaftmachung der Al
nehmer unseres Bieres die Anwesenden aufforderte, unser Bier zu
bohlotieren. Er hat ferner als unser Angestellter ganz ungerech
fertigte, öffentliche Kritik über die Verhältnisse in unserem Geschä
ft geübt. Jeder rechtlich denkende Mensch wird einsehen, daß der
Brauer W. B. durch sein Verhalten groben Vertrauensbruch un
ungeeckliche Handlungen begangen hat, die seine Entlassung zu
Folge haben mußten. Wir erklären, daß auch durch Entlassung des B
gegenüber der organisierten Arbeiterchaft kein Schaden statui

gegenüber der organisierten Arbeiterschaft kein Beispiel statuieren werden soll und daß wir nach wie vor auch organisierte Leute einstellen. (Wirklich?) Wir fordern unsere Brauer und Arbeiter auf, sich bis Freitag, den 17. d. Mts. schriftlich im Kontor zu erklären, ob sie die oben erläuterten Boykottbestrebungen billigen oder ob sie unser Verfahren hinsichtlich der Entlassenen unterstützen.“

Oschersleben, den 15. August 1906.

Vereinsbrauerei Oschersleben,
Gesellschaft mit beschränkter Haftung.
Wilh. Kriener. Al b. Schach.“

Daß so etwas einem Arbeiter heute noch angeboten werden kann, zeugt hinreichend, welche Gemütsmenschen diese Brauereileitung sind. Es haben denn auch 7 Organisierte sich diese Schande nicht gemacht und haben dieses an Erythbung grenzende Schriftstück nicht unterschrieben, worauf auch sie auf das Strafenspruchsergötzen wurden. Dieselbe Brauerei, welche eine öffentliche Schilderung als ungesehlich betrachtet, doch wohl, weil sie genau weiß, daß bei ihr die Beziehungen unter aller Kritik sind, ist so „gesetzlich“, daß sie nicht einmal die faktisch bedingte 14-tägige Kündigung bezahlte. Wie ferner das Versprechen, auch in Zukunft organisierte Arbeiter einzustellen, mit den Briefen und Ausprüchen des Braumeisters zusammenhängt, ist wohl Geheimnis dieser Brauereileitung.

Auf Betreiben eines Teiles von Aktionären stand am 23. August 1906 eine Zusammensetzung der beiden mit Wirkung vom 1. September 1906

Brauereiweg eine Zusammenkunft derselben mit Vertretern des Verbandes und des Gewerkschaftsrats statt, zu welcher auch der Direktor Schacht und Braumeister Hundrieser erschienen waren. Selbstverständlich war die Brauereileitung die verfolgte Nachahmung und nur die bösen organisierten Arbeiter trugen Schuld an allem. Trotz aller Mühe der Brauereileitung wurde von den Aktionären beschlossen, die Brauereidirektion möge durch Wiedereinstellung der Gewerkschaftsregelungen die Streite ein Ende machen. Direktor Schacht versprach, sich am nächsten Morgen mit dem Syndicus in Magdeburg in Verbindung zu setzen und dann dem Gauleiter Stöcklein telephonisch mitzuteilen, wann und wo eine Sitzung mit dem Bohlottschutzverband stattfinden sollte. Nach 9 Uhr früh kam die Antwort, daß am Sonntag, dem 5. August, vormittags 11 Uhr, im Brauereisontor in Oschersleben

Die Sitzung stattfände. Pünktlich stellten sich die Vertreter der Arbeiter ein, aber die Kontorture war verschlossen. In der Gasse ließ Herr Schacht von einem Feuerzeug zum andern und murmelte: "Wo er nur bleibt, er mügte doch nun da sein" usw. Endlich begagt, wann die Sitzung denn nun beginne, erklärte er, es finde hier keine statt, er habe sie nach Magdeburg in das Bureau des Syndikus gestellt, und daß er es auch telephonisch so mitgeteilt habe, dafür habe er auch gleich 3 Zeugen. Wahre ist, daß die Sitzung nach Jütersleben bestellt war und ist ein Fehlum vollständig ausgeschlossen. Es handelte sich hierbei nur darum, den Beschluß der Aktionäre zu angehen. Unverdrossen ging es am nächsten Tage nach Magdeburg im Syndikus, auch da bewährte sich das alte Magdeburger System artlich, nämlich, daß dort schon von vornherein die Arbeiter die schuldigen und verurteilten sind. Was dort den Arbeitern alles gemutet wird, ist unerhört. Keinte doch der Syndikus, die Arbeitern den vorgelegten Revers unterschreiben können, wenn sie auch nicht ganz so gedacht hätten. So, er versuchte sogar die Sachen als

wider die guten Sitten verstörend hinzustellen. Daz̄ dieser Herr seine Stellung als Unternehmervertreter richtig auffaßt, bewies er damit, daß er verlangte, die Arbeiter sollten in der Presse erklären, daß vorläufig alle Differenzen ausgehoben seien, dann wolle er bei der Brauerei um eine Sitzung nachsuchen. (Wie gnädig.) Das Wonne er aber vorher sagen, die zwei zuerst Entlassenen würden nicht wieder eingestellt, denn was sollte denn aus den jetzt dort beschäftigten Arbeitern werden. Eine solche Sorge bringt man den Organisierten freilich nicht entgegen, und sie verzichteten auch darauf.

Kurze Zeit darauf erhielt der Gewerkschaftsselkretär Gen Mößinger vom Syndikus den Bescheid, es würden zwei Arbeiter (W. und A.) wieder eingestellt, wenn der Boykott sofort aufgehoben wird. Natürlich ist daran nicht zu denken. Gen. Mößinger machte den Gegenvorschlag, die sieben Bulehtausgestellten wieder einzustellen, dann werden alle Differenzen beseitigt. Als dieses abgelehnt wurde, sind die Verhandlungen als gescheitert betrachtet worden.

Man sieht also deutlich, ein Teil Aktionäre beauftragt die Brauereileitung mit dem Friedensschluß, weil sie die ungerechte Handlungswise derselben verurteilen und für ihre sauer erworbenen einzelnen kleinen Aktien fürchtet, denn es sind zumeist Arbeiter und kleine Geschäftleute. Dieselbe Brauereileitung hat Arbeiter wegen angeblicher Unbotmäßigkeit gemahngestellt und tut nun dasselbe in viel trauriger Form, als sie es ihren Arbeitern nachsagt. Sie hätte also mindestens auch ihre sofortige Entlassung verwirkt, aber die Herren können sich das leisten, sie sind keine organisierten Arbeiter. Mit allerlei unwahren Ausreden suchte man um eine Versprechung sich herum zu drücken, denn ihre Ausreden haben kurze Beine und eine Gewalttat läßt sich auch nicht in der geschicktesten Weise in ein Stechi umdichten. Als wirksames Mittel muß eben der Boykottschutzverband in einen Boykotttrügverband umgemodelt und benutzt werden. Es wird sich ja zeigen, ob sich diese Vereinigung auch hierzu profitieren läßt oder ob sie ein solches Ansinnen von sich weist. Nach den bisherigen Erfahrungen sind unsere Hoffnungen nicht groß, es geht gegen die Organisation der Arbeiter und da darf kein Mittel geschenkt werden. An die Kollegen an allen Orten, an denen Bier aus der Brauerei Storchshöhe zu Oschersleben zu finden ist, sei die dringende Mahnung gerichtet, klärt die Arbeiterschaft über die Machinationen dieser Brauereileitung auf, sie werden dann so lange das Bier dieser Brauerei meiden, als die Brauerei ihre brutalen Maßregelungen

Regensburg. Wie Arbeiter ausgebeutet und behandelt werden. Im Laucherbräu hatte vor kurzem der 1. Mälzer „schon“ um 7 Uhr Feierabend gemacht — er hatte nämlich um 3 Uhr früh schon angefangen — da ist ihm der Braumeister Niedl nachgelaufen und hat ihn angeschrien: „Du Klosplocken, Saubauer, hältst auch noch länger arbeiten können, bis die anderen fertig sind.“ Der Kollege hat sich solche Ausdrücke verbeten und meinte, als verheirateter Mann sei er doch kein Klo- und Lausbub mehr. Nun kam der Braumeister so in Harnisch, daß er die Polizei anrufen wollte. Über die Regensburger springen nicht so schnell als die Rüntherger, und so war in dieser Sache wieder Ruhe. Am nächsten Tag aber wurde, als der 1. Mälzer ging, noch ein anderer Arbeiter entlassen, weil er den Mälzer zur Ruhe mahnte. Wie es sonst noch in dieser Brauerei zugeht, spottet jeder Beschreibung. Als Beispiel wollen wir nur ansführen, daß jeden Sonntag bis Mittag gearbeitet wird, um die gesetzlichen Bestimmungen lehrt man sich nicht im geringsten. Hierzu wird Herr Niedl oder Herr Laucher die Polizei wohl nicht rufen, aber es muß schon mal dafür gesorgt werden, daß diese sich um die gesetzwidrige Ausbeutung der Arbeiter kümmert.

Regensburg. Der Oberbrauer Sieber der Karmeliterbrauerei will noch immer die Abmachungen umgehen. So will er immer um $\frac{1}{4}$ — $\frac{1}{2}$ Stunde länger arbeiten lassen und schreit dann umher; mit engan Verband da paß ich nicht auf und dem's nöt paßt, der soll's nur bloß sagen. Auch schimpft und schreit dieser Herr umher wie ein Störspatz. Von Seiten des Herrn Braumeisters sowie des Unternehmers finden die Arbeiter Entgegenkunxen, nur dieser Sieber tut alles, um das Einvernehmen zu stören. Wir werden uns mit diesem Herrn das nächstmal anders befassen müssen, dann sehen wir ernst, wer dem Unternehmer den meisten Schaden einbringt.

Rosenheim. Am 18. August fand eine öffentliche Brauereiarbeiter-Versammlung statt, in welcher Kollege Holzfurter über die Erfolge unserer Organisation und über die Handlungsweise unserer Gegner einen Vortrag hielt. Der Referent schilderte in ausführlicher Weise die Kämpfe und Errungenheiten der Brauereiarbeiter, insbesondere im bayerischen Oberlande, und zeigte an der Hand von Tafachen, daß überall dort, wo sich die Kollegen dem Verbande angeschlossen haben, es in den dunkelsten Winkeln schon möglich war, ganz wesentliche Verbesserungen herbeizuführen. Nun ist es endlich einmal an der Zeit, daß sich auch die Rosenheimer Brauereiarbeiter wieder aufzuffen. Trotz der horrenden Versteuerung der Lebensmittel haben die hiesigen Brauereibesitzer mit einer einzigen Ausnahme (Plötzinger-Bräu) nicht das Geringste für ihre Arbeiter getan. Verschiedenen Gewerbschaften anderer Berufe ist es gelungen, ihre Lage zu verbessern, trotzdem stiegen die Brauereiarbeiter zum großen Teile ihrer Organisation gleichgültig gegenüber. Referent geißelte auch das Geheute unserer Gegner in schärfsten Worten, besonders sind es auch die sogenannten Christlichen, welche ihr möglichstes leisten, durch ihre Konfessionschäuffeleien die Arbeiter zu zerplittern, und forderte am Schluß auf, es möchten sich die Kollegen endlich einmal an der Umgebung ein Beispiel nehmen und dem Verbande geschlossen beitreten. In der Diskussion wurden merkwürdige Dinge zur Sprache gebracht. Im Auerbräu wurde pro Monat auch um 10 M. aufgebessert, hierfür wurde ein Liter Bier pro Tag abgezogen und der Preis für den Mittagstisch entsprechend erhöht. Leider finden sich auch noch Elemente, welche glauben, wenn sie über den Verband derb loschimpfen, dann werden sie schon den längst ersehnten besseren Posten erhalten. Zu diesen Auchkollegen, welche an Schimpfen und Verleumdungen ganz hervorragendes leisten, zählt auch der „Kollege“ Mandlberger der Perlöhner-Brauerei. Es wurde angeregt, wenn dieses Lästermaul nicht anders gestoppt werden kann, diesem Gelegenheit zu geben, für diese blöden Verleumdungen auch die Beweise zu erbringen. Im übrigen wurde erucht, den Umgang mit diesem „Kollegen“ möglichst zu meiden. Den Anwesenden wurde noch von ihren eigenen Kollegen aus der Mitte der Versammlung dringend aus Herz gelegt, die Aussführungen zu beherzigen, von Seiten der Arbeiterschaft welche in letzter Zeit in einem sehr starken Fortschritte

Arbeiterchaft, welche in letzter Zeit so eminent große Fortschritte gemacht, werde sicher den Brauereiarbeitern die Sympathie nicht vorerthalten werden. Auch der erst kürzlich abgeschlossene Tarif im Nachbarorte Miesbach, wo Löhne von 23—25 Ml. pro Woche neben 9^½-stündiger Arbeitszeit, entsprechender Vergütung der Nebenstunden usw. gewährt wurden, müsse nun doch auch einmal den Rosenheimer Kollegen Anlaß geben, eine Verbesserung ihrer mißlichen Lage anzustreben, ihre Gleichgültigkeit zu beseitigen und das Beispiel dieser Kollegen nachzunehmen. Alle Anwesenden, soweit sie der Organisation noch nicht angehören, ließen sich erfreulicherweise in dieselbe aufnehmen. Zur nächsten Versammlung mögen die Mitglieder dafür sorgen, daß möglichst alle Rosenheimer Brauereiarbeiter zur Stelle sind.

„Ich, Unterzeichneter, bestätige hiermit der gemischten Kommission, vertreten durch das Gewerkschaftskartell Roth a. Sand, sowie der Lohnkommission der Zahnstelle Schwabach, daß ich in Zukunft für strikte Einhaltung des bestehenden Arbeitsvertrages Sorge tragen werde.“

